

Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Kai Hohmann, Dipl.-Kauffrau/Dipl.-Handelslehrerin Simone Scharfe

# Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2011

Der vorliegende Aufsatz stellt das Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich dar.<sup>1</sup> Dieses bezifferte sich am 31. Dezember 2011 auf insgesamt 526,0 Milliarden Euro und ging damit gegenüber den revidierten Ergebnissen des Berichtsjahres 2010 um 10,4 Milliarden Euro beziehungsweise 1,9 % zurück.

Der Bund hatte mit 251,3 Milliarden Euro den größten Anteil am Finanzvermögen (48 %), die Länder verfügten mit 130,1 Milliarden Euro über 25 % des Finanzvermögens. Eine erhebliche Steigerung des Finanzvermögens auf 87,5 Milliarden Euro verzeichnete die Sozialversicherung mit einem Anteil von knapp 17 % im Berichtsjahr 2011. Auch das Finanzvermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände konnte auf 57,2 Milliarden Euro gesteigert werden, dessen Anteil lag bei knapp 11 %.

Im folgenden Beitrag wird zunächst die Methodik der Statistik dargestellt. Danach werden die Ergebnisse über die Statistik des Finanzvermögens des öffentlichen Gesamthaushalts zum 31. Dezember 2011 nach den vier Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts erläutert, abgerundet durch eine zusammenfassende Darstellung anhand zentraler Indikatoren des Finanzvermögens. Anschließend wird eine vergleichende Analyse zwischen den Bundesländern anhand des jeweiligen Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände vorgestellt. Durch die parallele Betrachtung der Länder- und der kommunalen Ebene sowie das Einbeziehen aller Extrahaushalte in die Analyse können Effekte, die sich

durch differierende Kommunalisierungsgrade und unterschiedliche Outsourcing-Intensitäten ergeben, weitgehend kompensiert werden.

## 1 Methodische Vorbemerkungen

Der Berichtskreis der Statistik über das Finanzvermögen ist der öffentliche Gesamthaushalt<sup>2</sup>. Hierbei werden neben den Kernhaushalten der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände) und den Trägern der gesetzlichen Sozialversicherung alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die dem Sektor Staat zuzurechnen sind<sup>3</sup>, erhoben. Diese Einheiten werden in den Finanz- und Personalstatistiken als Extrahaushalte<sup>4</sup> bezeichnet.

Inhaltlich werden im Rahmen der Statistik über das Finanzvermögen die folgenden Geldvermögenspositionen jährlich zum Stand 31. Dezember erfragt:

- › Bargeld und Einlagen,
- › Wertpapiere und Finanzderivate (saldiert)<sup>5</sup>,

<sup>2</sup> Erläuterungen zur Abgrenzung des öffentlichen Gesamthaushalts siehe Rückner, C.: „Integration in den Finanz- und Personalstatistiken“ in WiSta 11/2011, Seite 1104 ff.

<sup>3</sup> Zur Abgrenzung der Einheiten zum Sektor Staat siehe Schmidt, N.: „Ausgliederungen aus den Kernhaushalten: öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“ in WiSta 2/2011, Seite 154 ff., beziehungsweise Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat): „Manual on Government Deficit and Debt (Implementation of ESA 1995)“, Eurostat Methodologies and Working Papers ([http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-RA-09-017/EN/KS-RA-09-017-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-RA-09-017/EN/KS-RA-09-017-EN.PDF), abgerufen am 7. Februar 2013).

<sup>4</sup> Der Begriff Haushalte wird hierbei im Sinne von institutionellen ökonomischen Einheiten verwendet.

<sup>5</sup> Als Finanzderivate werden Finanzinstrumente erfasst, die aus anderen Finanzprodukten abgeleitet sind. Sie dienen primär der Absicherung von Finanztransaktionen. Gemeldet wird der Saldo der Marktwerte aller Finanzderivate zum Stichtag. Die Marktwerte der einzelnen Papiere können positiv, aber auch negativ sein. Eine analoge Erfassung in der Schuldenstatistik erfolgt nicht.

<sup>1</sup> Zur Zusammensetzung des öffentlichen Gesamthaushalts sowie zur Untergliederung des Finanzvermögens in „öffentlichen Bereich“ und „nicht öffentlichen Bereich“ siehe Hohmann, K./Scharfe, S.: „Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2010“ in WiSta 5/2012, Seite 434 ff., hier: Seite 435.

- › Ausleihungen,
- › Anteilsrechte und
- › Sonstige Forderungen.

Sowohl das Wertpapiervermögen als auch die Ausleihungen werden hierbei differenziert nach Emittenten beziehungsweise Schuldnern erfragt. Analog zur jährlichen Schuldenstatistik werden die Positionen zum „Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich“ und zum „Finanzvermögen beim öffentlichen Bereich“ zusammengefasst.

Gegenüber dem Vorjahr erfolgten bei der Statistik über das Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts keine methodischen Änderungen. Organisatorisch wird das Finanzvermögen der Kernhaushalte des Bundes, der Länder und der Sozialversicherung sowie der Extrahaushalte in mehrheitlichem Bundesbesitz zentral durch das Statistische Bundesamt erhoben, das der übrigen Einheiten in der Regel dezentral von den jeweiligen Statistischen Ämtern der Länder nach dem Sitzlandprinzip.

## 2 Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2011

Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse zur Höhe sowie zur Struktur des Finanzvermögens des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2011 dargestellt. Nach einem einleitenden Überblick über die vier Ebenen – Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände sowie Sozialversicherung – ergänzt ein detaillierter Blick auf die Entwicklung der Sozialversicherung die ermittelten Ergebnisse. Anschließend erweitert ein Regionalvergleich auf der Ebene der Bundesländer die Ausführungen. Im Fokus der Analyse steht hierbei stets der öffentliche Gesamthaushalt. Dies bedeutet, dass das Finanzvermögen der Kernhaushalte einschließlich ihrer Extrahaushalte dargestellt wird, um eine ganzheitliche Abbildung – unabhängig von der Intensität der Ausgliederungsprozesse in den einzelnen Bundesländern beziehungsweise Ebenen – zu gewährleisten.

### 2.1 Entwicklung des Finanzvermögens nach Ebenen

#### 2.1.1 Bund

Der Bund hatte zum 31. Dezember 2011 mit rund 48 % (251,3 Milliarden Euro) den höchsten Anteil am Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich. Jedoch wurde auf Bundesebene ein erheblicher Rückgang um 10,9 % (30,8 Milliarden Euro) gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Eine Ursache dafür war die Rückführung der stillen Einlagen der Commerzbank beim Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), dessen Geschäfte von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) geführt werden.<sup>6</sup> Zum anderen sind die Wertpapiere bei der FMS Wertmanagement

AöR (Anstalt öffentlichen Rechts) in erheblichem Maße abgebaut worden. Die FMS Wertmanagement wurde im Jahr 2010 als bundeseigene Abwicklungsanstalt für die verstaatlichte Hypo Real Estate Holding AG (Hypo-Real-Estate-Gruppe) mit dem Ziel gegründet, von der Hypo-Real-Estate-Gruppe Risikopositionen und nicht strategienotwendige Geschäftsbereiche zu übernehmen und abzuwickeln.<sup>7</sup>

#### 2.1.2 Länder

Die Länder konnten ihr Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich zum 31. Dezember 2011 um 1,1 % (1,4 Milliarden Euro) steigern und hatten mit 130,1 Milliarden Euro einen Anteil von 25 % am Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich. Zwischen den einzelnen Bundesländern waren jedoch teils erheblich unterschiedliche Entwicklungen festzustellen (siehe Anhangtabelle 1 auf Seite 109).

Der stärkste absolute Anstieg war bei den Wertpapieren zu beobachten (2,0 Milliarden Euro), gefolgt von Bargeld und Einlagen (0,8 Milliarden Euro). Auch die Sonstigen Forderungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr leicht an (0,1 Milliarden Euro). Lediglich die Ausleihungen sanken um 1,5 Milliarden Euro.

#### 2.1.3 Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Gemeinden und Gemeindeverbände konnten im Berichtsjahr 2011 ihr Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich gegenüber dem Vorjahr um 3,9 % (2,2 Milliarden Euro) auf nunmehr 57,2 Milliarden Euro erhöhen. Damit betrug ihr Anteil am Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich knapp 11 %.

Die Veränderungen waren hauptsächlich durch die Zunahme von Bargeld und Einlagen (1,4 Milliarden Euro) sowie der Sonstigen Forderungen (1,0 Milliarden Euro) begründet.

#### 2.1.4 Sozialversicherung

Den größten Anstieg des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich wies die Sozialversicherung auf: Deren Finanzvermögen stieg um 16,8 Milliarden Euro (23,8 %) auf 87,5 Milliarden Euro. Der Zuwachs war dabei in fast allen Sozialversicherungszweigen zu beobachten mit Ausnahme der Bundesagentur für Arbeit (die einen sehr geringen Rückgang von 11 Millionen Euro zu verbuchen hatte) und der sozialen Pflegeversicherung. Bei dieser sank das Finanzvermögen erheblich, und zwar um 13,4 % (443 Millionen Euro) auf knapp 2,9 Milliarden Euro. Der Rückgang bei diesem Sozialversicherungszweig hatte teilweise auch erhebungstechnische Gründe. Die Kernhaushalte der Sozialversicherung<sup>8</sup> werden erst seit dem Berichtsjahr 2010 im Rahmen der Statistik über das Finanzvermögen erhoben und die Krankenkassen berichten über die beiden Zweige „gesetzliche Krankenversicherung“ und „soziale Pflegeversicherung“ gemeinsam. Es kam dabei im ersten Jahr der Datenerhebung teilweise zu größeren, fehlerhaften Zuord-

<sup>6</sup> [www.fmsa.de/export/sites/standard/downloads/sonstige/Bericht-Geschaeftsjahr2011-SoFFin.pdf](http://www.fmsa.de/export/sites/standard/downloads/sonstige/Bericht-Geschaeftsjahr2011-SoFFin.pdf), Seite 7 (abgerufen am 7. Februar 2013).

<sup>7</sup> [www.fms-wm.de/de/wir-ueber-uns/wir-ueber-uns](http://www.fms-wm.de/de/wir-ueber-uns/wir-ueber-uns) (abgerufen am 7. Februar 2013).

<sup>8</sup> Eine Ausnahme bildet die Bundesagentur für Arbeit, diese wurde bereits seit dem Berichtsjahr 2007 in die Erhebung einbezogen.

nungen der Daten zur gesetzlichen Krankenversicherung beziehungsweise zur sozialen Pflegeversicherung.

Die beiden Sozialversicherungszweige mit dem höchsten Anteil am Finanzvermögen der Sozialversicherung – die gesetzliche Krankenversicherung und die Rentenversicherung (einschließlich der Knappschaft) – verzeichneten im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr erhebliche Zuwächse. Die gesetzliche Krankenversicherung konnte einen starken Anstieg des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich um 5,3 Milliarden Euro (18,9%) auf nunmehr 33,7 Milliarden Euro vermelden. Die Zunahme kann teilweise als eine Reaktion auf das „GKV-Finanzierungsgesetz“<sup>9</sup> gewertet werden. Dieses Gesetz setzt wichtige Entscheidungen um, mit denen die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung gesichert werden sollen: Zum einen lief die im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise eingeführte und über das „Konjunkturpaket II“ finanzierte Absenkung des Beitragssatzes auf 14,9% zum Jahresende 2010 aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung aus und der Beitragssatz wurde wieder auf das vor der Krise geltende Niveau von 15,5% angehoben. Zum anderen wurden einige einschneidende Maßnahmen getroffen, mit denen die Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung begrenzt werden sollen.<sup>10</sup> Aus diesen geänderten Rahmenbedingungen resultierte der positive Finanzierungssaldo der Krankenkassen zum Jahresende 2011 (+9,3 Milliarden Euro)<sup>11</sup>, der sich auch in einem Anstieg des Finanzvermögens widerspiegelt.

Tabelle 1 fasst das Finanzvermögen am 31. Dezember 2010 und am 31. Dezember 2011 für die einzelnen Sozialversicherungszweige zusammen.

**Tabelle 1 Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich der Sozialversicherung nach Zweigen**  
Mill. EUR

	Am 31. Dezember 2010	Am 31. Dezember 2011	Veränderung
Gesetzliche Krankenversicherung . . . . .	28 312	33 652	+ 5 340
Soziale Pflegeversicherung . . . . .	3 317	2 874	- 443
Rentenversicherung <sup>1</sup> . . . . .	22 207	27 460	+ 5 253
Gesetzliche Unfallversicherung	9 357	9 443	+ 85
Alterssicherung der Landwirte . . . . .	250	1 280	+ 1 030
Bundesagentur für Arbeit . . . . .	1 469	1 458	- 11
Extrahaushalte der Sozialversicherung <sup>2</sup> . . . . .	5 717	11 288	+ 5 570
Zusammen . . . . .	70 629	87 454	+ 16 825

1 Einschließlich Knappschaft.  
2 Nicht aufteilbar auf die einzelnen Sozialversicherungszweige.

Die Rentenversicherung (einschließlich der Knappschaft) verzeichnete einen Zuwachs des Finanzvermögens beim

9 Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzierungsgesetz – GKV-FinG) vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I Seite 2309).  
10 Nähere Erläuterungen zu der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung 2011 der Gesetzlichen Krankenversicherung siehe im Internet unter [www.bmg.bund.de/krankenvversicherung/herausforderungen/einnahmen-und-ausgabenentwicklung.html](http://www.bmg.bund.de/krankenvversicherung/herausforderungen/einnahmen-und-ausgabenentwicklung.html) (abgerufen am 7. Februar 2013).  
11 Siehe Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 132 vom 12. April 2012: „Sozialversicherung 2011 mit hohem Finanzierungsüberschuss“.

nicht öffentlichen Bereich um 23,7% (5,3 Milliarden Euro) auf 27,5 Milliarden Euro am Ende des Jahres 2011. Hierfür waren hauptsächlich die – trotz gleich bleibender Beitragssätze – um 4,6 Milliarden Euro gestiegenen Beitragseinnahmen verantwortlich.<sup>12</sup>

**2.1.5 Die vier Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts im Indikatorenvergleich**

Nach der kurzen Beschreibung der Entwicklung und der Struktur des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich innerhalb der Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts rundet ein Indikatorenvergleich die Betrachtung ab.

Das Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich je Einwohnerin/je Einwohner eignet sich weniger für den Ebenenvergleich, da (fast) jede Ebene<sup>13</sup> mit der gleichen Einwohnerzahl relativiert wird. Besser für die Darstellung des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich sind folgende Indikatoren geeignet:

1. Die Veränderung des Finanzvermögens im Vergleich zum Vorjahr: Damit kann die kurzfristige Entwicklung direkt beschrieben werden.
2. Der Anteil des kurzfristigen Finanzvermögens am gesamten Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich: Dieser Indikator gibt die Struktur des Finanzvermögens hinsichtlich der Fristigkeit bezogen auf die Ursprungslaufzeit wieder.
3. Die durchschnittliche Verzinsung des Finanzvermögens: Diese Kennzahl basiert auf den Angaben aus der Kassenstatistik und der Statistik über das Finanzvermögen zur Rentabilität des angelegten Finanzvermögens.

Die durchschnittliche Verzinsung wird näherungsweise ermittelt, indem die Zinseinnahmen aus der Kassenstatistik in Relation zum durchschnittlichen Bestand des Finanzvermögens<sup>14</sup> gesetzt werden. Für die Zinseinnahmen berücksichtigt sind die von privaten Unternehmen ebenso wie die vom übrigen Bereich. Analog zur Abgrenzung des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich sind Zinseinnahmen vom öffentlichen Bereich daher nicht mit einbezogen.<sup>15</sup> Die berechnete durchschnittliche Verzinsung (siehe Tabelle 2) sollte jedoch – aufgrund der unterschiedlich abgegrenzten Berichtskreise in der vierteljährlichen Kassenstatistik und der Statistik über das Finanzvermögen – nur als Orientierungsgröße interpretiert werden. In der vierteljährlichen Kassenstatistik werden aktuell die Zweckverbände

12 Siehe Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 Absatz 1 und 3 SGB VI (Rentenversicherungsbericht 2012); [www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/rentenversicherungsbericht-2012.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/rentenversicherungsbericht-2012.pdf?__blob=publicationFile), Seite 26.  
13 Eine Ausnahme ist die Ebene der Gemeinden und Gemeindeverbände, da hier die Einwohnerzahl ohne die der Stadtstaaten verwendet wird.  
14 Durchschnittlicher Bestand des Finanzvermögens = (Stand am 31. Dezember 2010 + Stand am 31. Dezember 2011)/2.  
15 Kategorien des öffentlichen Bereichs entsprechend der Bereichsabgrenzung sind: Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände, Sozialversicherung, verbundene Unternehmen/Beteiligungen/Sondervermögen sowie sonstige öffentliche Sonderrechnungen.

**Tabelle 2 Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich, Zinseinnahmen sowie durchschnittliche Verzinsung des öffentlichen Gesamthaushalts nach Ebenen**

	Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich			Zinseinnahmen <sup>1</sup>	Durchschnittliche Verzinsung
	am 31. Dezember 2010	am 31. Dezember 2011	durchschnittlicher Bestand 2011	Berichtsjahr 2011	
	Mill. EUR				%
Bund .....	282 055	251 262	266 658	19 846	7,4
Länder .....	128 672	130 073	129 373	3 589	2,8
Gemeinden/Gemeindeverbände ...	55 049	57 223	56 136	526	0,9
Sozialversicherung .....	70 629	87 454	79 042	1 249	1,6
Insgesamt ...	536 405	526 013	531 209	25 210	4,7

1 Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und übrigem Bereich (entspricht dem nicht öffentlichen Bereich in der Statistik über das Finanzvermögen). Sonderauswertung auf Basis der vierteljährlichen Kassenergebnisse.

des Staatssektors nicht erhoben, in der Statistik über das Finanzvermögen sind diese dagegen enthalten.

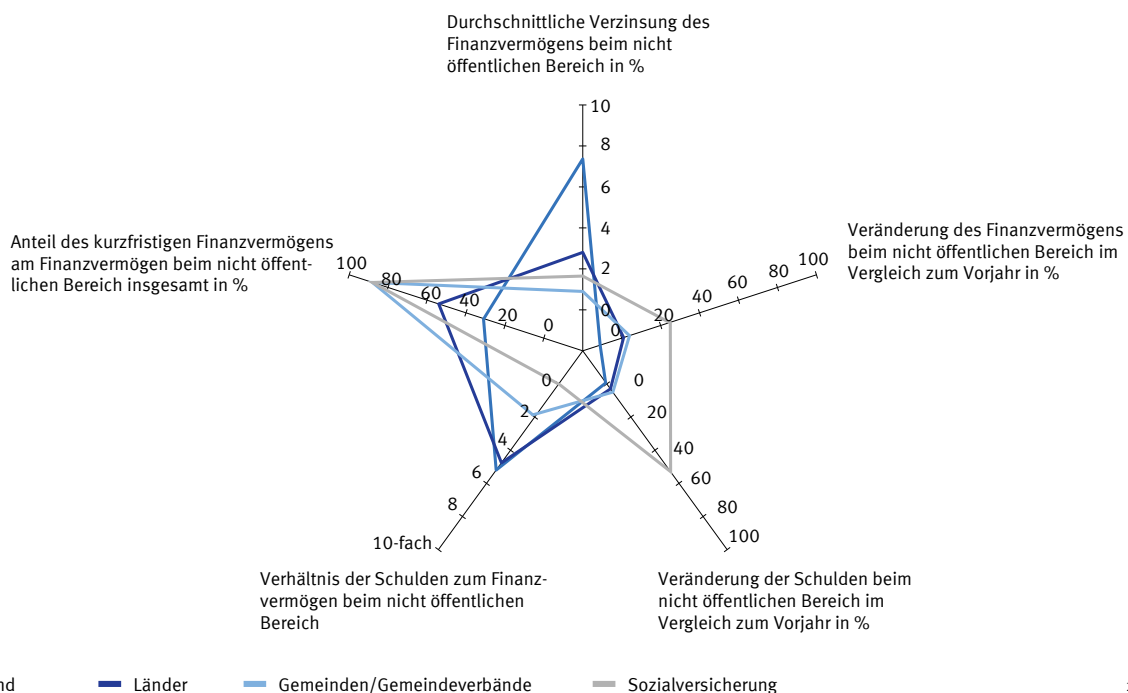
Neben den Indikatoren direkt aus der Finanzvermögenstatistik ergänzen das „Verhältnis der Schulden beim nicht öffentlichen Bereich zum Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich“ sowie die „Veränderung der Schulden beim nicht öffentlichen Bereich im Vergleich zum Vorjahr“ den Indikatorenvergleich, der im Schaubild 1 dargestellt ist.

Die Ebene des Bundes fällt durch die höchste durchschnittliche Verzinsung (7,4 %) und dem dazu korrespondierenden geringsten Anteil an kurzfristigem Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich (31 %) auf. Demgegenüber haben die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Sozialversicherung einen hohen Anteil an kurzfristigem Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich (jeweils 88 %) und eine deutlich geringere durchschnittliche Verzinsung (0,9 % beziehungsweise 1,6 %). Hinsichtlich der Veränderungen zum Vorjahr fällt ebenfalls die Entwicklung beim Bund auf:

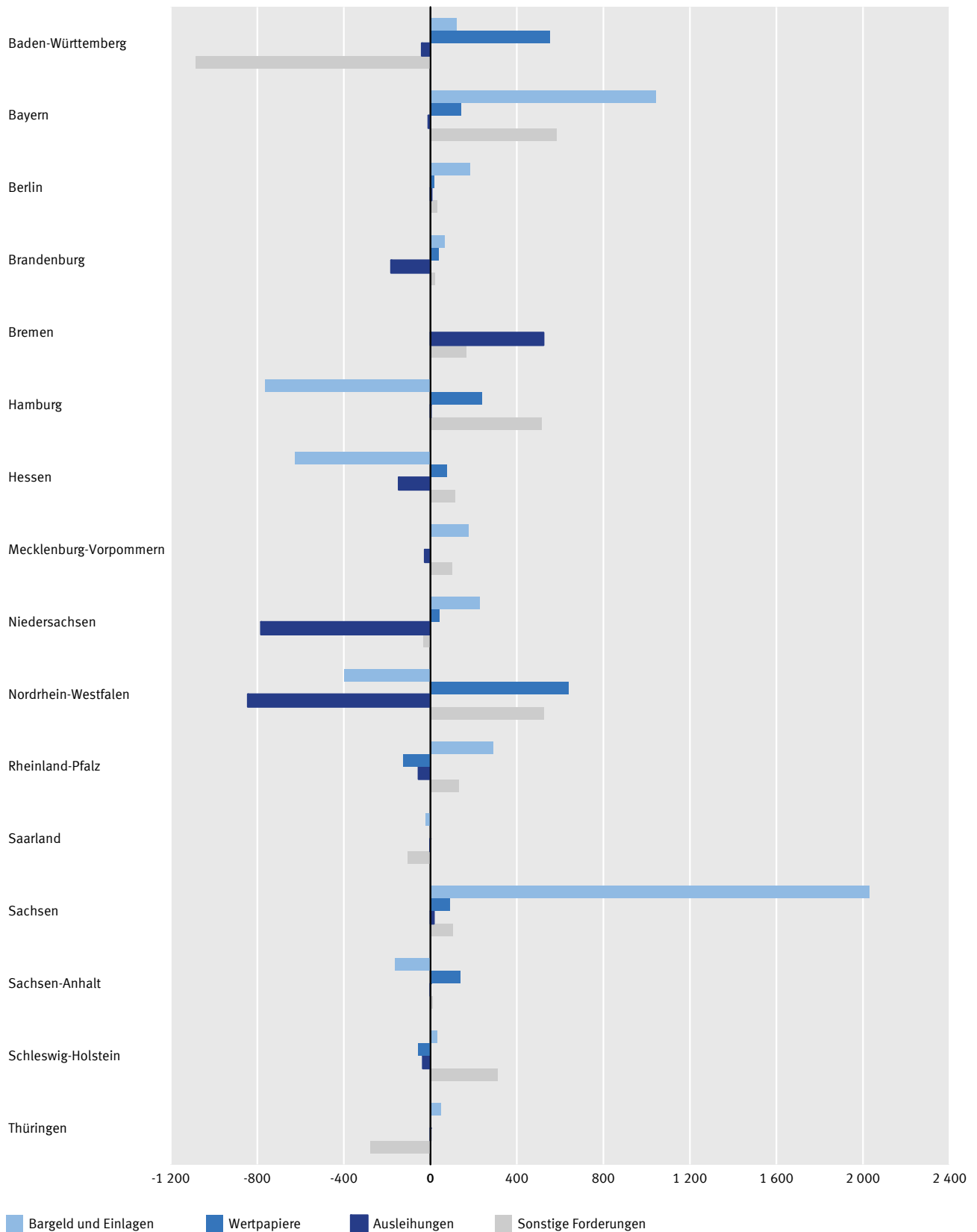
Sowohl bei den Schulden als auch beim Finanzvermögen ist eine rückläufige Tendenz zu erkennen, wobei der Rückgang beim Finanzvermögen mit 11 % deutlich stärker ausfällt als bei den Schulden beim nicht öffentlichen Bereich (1 %). Die Sozialversicherung verzeichnete den prozentual höchsten Anstieg beim Finanzvermögen (24 %), aber auch bei den Schulden (53 %). Für die Interpretation ist hierbei jedoch zu beachten, dass bei der Sozialversicherung einer relativ geringen Verschuldung (0,8 Milliarden Euro)<sup>16</sup> ein hohes Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich (87,5 Milliarden Euro) gegenübersteht. Dieses Verhältnis ist bei den drei anderen Ebenen umgekehrt: Beim Bund und bei den Ländern übersteigen die Schulden das Finanzvermögen um das Fünffache, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden um das Doppelte.

16 Aufgrund gesetzlicher Regelungen können Sozialversicherungen in der Regel keine Schulden am Kreditmarkt aufnehmen (siehe hierzu Scharfe, S.: „Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2010“ in WiSta 11/2011, Seite 1117 ff., hier: Seite 1120).

**Schaubild 1 Die vier Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts im Indikatorenvergleich am 31. Dezember 2011**



**Schaubild 2** Entwicklung des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich der Länder und der Gemeinden/  
Gemeindeverbände am 31. Dezember 2011 im Vergleich zum Vorjahr nach Ländern  
Mill. EUR



2013 - 01 - 0100

## 2.2 Regionalvergleich auf Ebene der Bundesländer

Aufbauend auf der Analyse des Finanzvermögens der einzelnen Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts befasst sich der folgende Abschnitt mit einer regional-vergleichenden Analyse der Entwicklung auf der Ebene der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände gegenüber dem Vorjahr.

Für einen regionalen Vergleich zwischen den Bundesländern ist es notwendig, die kommunale und die Länderebene als eine Einheit zu betrachten, da der Kommunalisierungsgrad in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich ausgeprägt ist. Werden Aufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene verlagert, so resultiert daraus eine landesspezifische Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben, des Schuldenstands sowie auch des Finanzvermögens zwischen Land und Kommune.

Insgesamt belief sich das Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände zum Ende des Jahres 2011 auf 187,3 Milliarden Euro, 3,6 Milliarden Euro mehr als Ende 2010. Diese Veränderung setzte sich zusammen einerseits aus

- › einem Anstieg von Bargeld und Einlagen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro,
- › einer Zunahme des Wertpapierbestands im Volumen von 1,8 Milliarden Euro sowie
- › einer Steigerung der Sonstigen Forderungen im Umfang von 1,1 Milliarden Euro

und andererseits aus

- › einem Rückgang der Ausleihungen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro.

Wird dieses Finanzvermögen danach differenziert, ob es kurzfristig oder langfristig verfügbar ist<sup>17</sup>, so setzt sich die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr aus den um 8,1 Milliarden Euro erhöhten kurzfristigen Anlagen bei gleichzeitigem Rückgang der langfristigen Anlagen um 4,5 Milliarden Euro zusammen.

Die größte Zunahme des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich am 31. Dezember 2011 im Vergleich zum 31. Dezember 2010 war hierbei in den beiden Freistaaten Sachsen (2,2 Milliarden Euro) und Bayern (1,8 Milliarden Euro), der stärkste Abbau in Hessen (0,6 Milliarden Euro) und Niedersachsen (0,3 Milliarden Euro) zu beobachten.

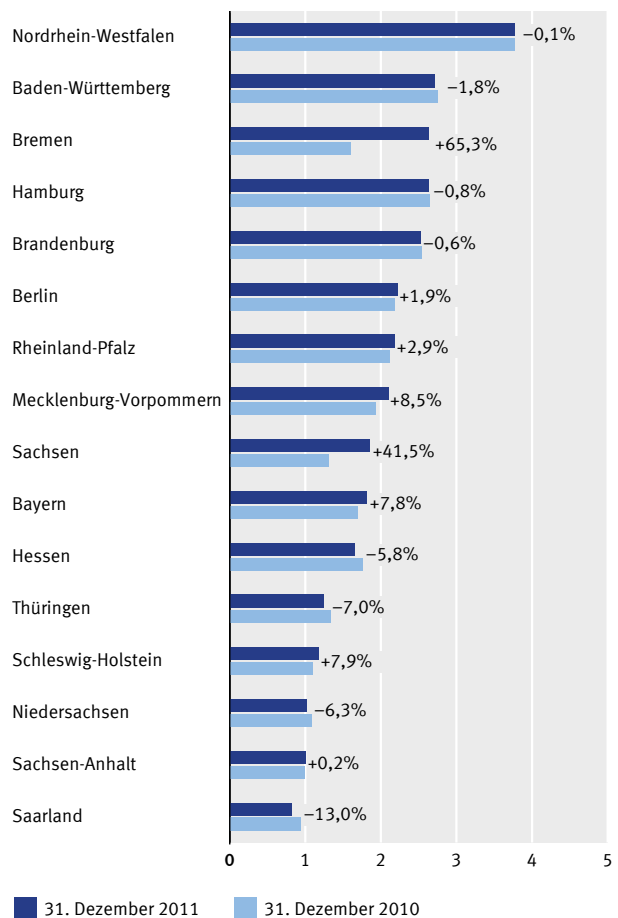
Im Schaubild 2 ist die Veränderung bei den Arten des Finanzvermögens dargestellt. Hierbei fällt auf, dass die Erhöhung des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich in den Ländern Sachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz überwiegend auf einer Zunahme bei „Bargeld und Einlagen“ basiert. Wäh-

rend in Rheinland-Pfalz der Anstieg dieser Position sowohl auf der kommunalen als auch auf der Länderebene zu beobachten war, wurde in Bayern und Sachsen der überwiegende Teil (96 % beziehungsweise 83 %) dieser Erhöhung von der Landesebene gemeldet.

Auf der anderen Seite fällt dagegen zunächst der relativ starke Rückgang (1,1 Milliarden Euro) der „Sonstigen Forderungen“ in Baden-Württemberg auf. Des Weiteren waren die Ausleihungen in den großen Flächenländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (jeweils 0,8 Milliarden Euro) rückläufig. In Niedersachsen war dies im Zusammenhang mit Restrukturierungen hinsichtlich der Beteiligung des Landes an der Norddeutschen Landesbank zu sehen; im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen wirkte sich eine Degression von Forderungen gegenüber dem „Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen“ auf die Abnahme der „Ausleihungen“ hälftig aus. Auch die Position „Bargeld und Einlagen“ im Stadtstaat Hamburg wies einen Rückgang um 0,8 Milliarden Euro auf.

Nicht nur die Veränderung des absoluten Volumens des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich insgesamt eignet sich für eine detaillierte Betrachtung, sondern

**Schaubild 3 Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich je Einwohner/-in nach Ländern**  
1 000 EUR



<sup>17</sup> Als langfristig werden hierbei die Kapitalmarktpapiere sowie die Ausleihungen beim nicht öffentlichen Bereich mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr zusammengefasst. Die verbleibenden Vermögensgegenstände beim nicht öffentlichen Bereich werden als kurzfristig charakterisiert.

Angabe der Veränderung 2011 gegenüber 2010 in %.

2013-01-0101

insbesondere die Relation des Finanzvermögens zur Einwohnerzahl als weiterer Indikator dient dem Vergleich auf der Ebene der Bundesländer.

Im Schaubild 3 ist das Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen je Einwohnerin beziehungsweise je Einwohner zum 31. Dezember 2010 und zum 31. Dezember 2011 je Bundesland dargestellt. Ergänzend zur absoluten Veränderung des Pro-Kopf-Finanzvermögens ist die prozentuale Veränderung zum Vorjahr angegeben.

Die absolut und relativ stärksten Zunahmen des Pro-Kopf-Finanzvermögens ergeben sich in den Ländern Bremen und Sachsen, die stärksten Rückgänge im Saarland, in Thüringen, Niedersachsen und Hessen. Die Bevölkerungsentwicklung verlief hierbei jedoch in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich (siehe Tabelle 3): Während in der Hälfte der Bundesländer die Bevölkerungszahl leicht zunahm (am stärksten in Berlin und Hamburg mit 1,2 % beziehungsweise 0,7 %), resultierte die gestiegene „Finanzvermögensquote“ in den anderen Bundesländern auch aus einer rückläufigen Bevölkerungszahl. Insbesondere in Sachsen-Anhalt ist der Anstieg des Pro-Kopf-Finanzvermögens auf den Rückgang der Bevölkerungszahl und nicht auf einen Zuwachs des Volumens des Finanzvermögens zurückzuführen.

**Tabelle 3 Veränderung des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich und der Bevölkerung nach Ländern**

Prozent

	Veränderung des Finanzvermögens beim nicht öffentlichen Bereich 2011 im Vergleich zu 2010		Veränderung der Bevölkerungszahl <sup>1</sup>
	insgesamt	je Einwohner/-in	
Baden-Württemberg . . . . .	- 1,5	- 1,8	+ 0,3
Bayern . . . . .	+ 8,3	+ 7,8	+ 0,5
Berlin . . . . .	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,2
Bremen . . . . .	+ 65,4	+ 65,3	+ 0,1
Brandenburg . . . . .	- 0,9	- 0,6	- 0,3
Hamburg . . . . .	- 0,2	- 0,8	+ 0,7
Hessen . . . . .	- 5,4	- 5,8	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	+ 8,0	+ 8,5	- 0,5
Niedersachsen . . . . .	- 6,3	- 6,3	- 0,1
Nordrhein-Westfalen . . . . .	- 0,1	- 0,1	- 0,0
Rheinland-Pfalz . . . . .	+ 2,8	+ 2,9	- 0,1
Saarland . . . . .	- 13,4	- 13,0	- 0,4
Sachsen . . . . .	+ 41,1	+ 41,5	- 0,3
Sachsen-Anhalt . . . . .	- 0,7	+ 0,2	- 0,9
Schleswig-Holstein . . . . .	+ 8,1	+ 7,9	+ 0,1
Thüringen . . . . .	- 7,6	- 7,0	- 0,6

<sup>1</sup> Bevölkerung am 30. Juni 2010 beziehungsweise am 30. Juni 2011.

zurückzuführen, denn die anderen Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts konnten jeweils ihr Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich gegenüber dem Jahresende 2010 steigern.

Im vorliegenden Beitrag wurden erstmals Ergebnisse zur Statistik über das Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts im Vergleich zum Vorjahr dargestellt, da mit der vollständigen Abbildung des Staatssektors gemäß den Anforderungen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 ab dem Berichtsjahr 2010 eine grundlegende Berichtskreis Konstanz gewährleistet werden kann.

Die Ergebnisse für das Berichtsjahr 2011 wurden im November 2012 in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 5.1 „Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts 2011“ veröffentlicht, die auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)) im Bereich Publikationen > Thematische Veröffentlichungen zur Verfügung steht. Um den Nutzern eine zeitnahe Datenreihe für das Finanzvermögen zur Verfügung zu stellen, soll der Veröffentlichungstermin (spätestens) November auch weiterhin eingehalten werden. Ergänzend sollen zentrale Ergebnisse in der Datenbank GENESIS-Online aufbereitet werden. Eine inhaltliche Interpretation sowie eine spezifische Datenanalyse zum Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts erfolgt kurz nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der Fachserie in einem Aufsatz in dieser Zeitschrift. [UU](#)

### 3 Zusammenfassung und Ausblick

Das Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich für den öffentlichen Gesamthaushalt bezifferte sich am 31. Dezember 2011 auf 526,0 Milliarden Euro. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 1,9%. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf die Entwicklung beim Bund

Anhangtabelle 1 Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich<sup>1</sup>

	31. Dezember 2011				31. Dezember 2010				Veränderung je Einwohner/-in 2011 gegenüber 2010
	insgesamt	Land	Gemeinden/ Gemeindeverbände	insgesamt je Einwohner/-in	insgesamt	Land	Gemeinden/ Gemeindeverbände	insgesamt je Einwohner/-in	
	Mill. EUR			EUR	Mill. EUR			EUR	
Baden-Württemberg .....	29 214	17 813	11 401	2 708	29 666	20 084	9 582	2 759	- 1,8
Bayern .....	22 921	10 827	12 094	1 820	21 160	9 248	11 913	1 688	+ 7,8
Berlin .....	7 804	7 804	X	2 228	7 567	7 567	X	2 186	+ 1,9
Brandenburg .....	6 302	4 342	1 960	2 525	6 360	4 463	1 897	2 541	- 0,6
Bremen .....	1 744	1 744	X	2 637	1 054	1 054	X	1 596	+ 65,3
Hamburg .....	4 733	4 733	X	2 631	4 740	4 740	X	2 653	- 0,8
Hessen .....	10 095	4 681	5 414	1 657	10 676	4 727	5 949	1 760	- 5,8
Mecklenburg-Vorpommern	3 431	2 449	983	2 099	3 179	2 204	975	1 935	+ 8,5
Niedersachsen .....	8 091	4 469	3 622	1 022	8 640	5 340	3 299	1 091	- 6,3
Nordrhein-Westfalen .....	67 292	56 619	10 673	3 772	67 367	56 732	10 635	3 775	- 0,1
Rheinland-Pfalz .....	8 731	5 501	3 229	2 183	8 492	5 402	3 090	2 121	+ 2,9
Saarland .....	829	523	306	818	956	516	440	940	- 13,0
Sachsen .....	7 689	4 488	3 200	1 858	5 449	2 351	3 097	1 313	+ 41,5
Sachsen-Anhalt .....	2 309	1 132	1 177	998	2 325	1 128	1 198	996	+ 0,2
Schleswig-Holstein .....	3 347	1 440	1 907	1 179	3 097	1 348	1 749	1 093	+ 7,9
Thüringen .....	2 766	1 508	1 257	1 245	2 993	1 768	1 225	1 339	- 7,0
Insgesamt ...	187 297	130 073	57 223	2 288	183 721	128 672	55 049	2 247	+ 1,8

<sup>1</sup> Ohne Anteilsrechte und Finanzderivate.



## Auszug aus Wirtschaft und Statistik

### Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

### Schriftleitung

Dieter Sarreither,  
Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes

Redaktion: Ellen Römer  
Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 23 41

### Ihr Kontakt zu uns

[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

### Statistischer Informationsservice

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05

### Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

### Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.